

Kommunen erhalten mehr Mittel vom Land

Düsseldorf. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung bekommen die Kommunen in NRW im nächsten Jahr mehr Geld vom Land. 830 Millionen Euro mehr werde den Städten und Gemeinden zur Verfü-

gung stehen, teilte Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) am Montag mit; die Kommunen erhalten dann insgesamt 11,5 Milliarden Euro vom Land – ein Plus gegenüber 2017 von 7,8 Prozent. „Die Kommunen profitieren von der guten ökonomischen Lage“, sagte die Ministerin.

Zugleich kündigte sie eine Grund- und Gewerbesteuerbremse an. Die Hebesätze sollen vom kommenden Jahr an eingefroren werden. Den Kommunal-Soli – die jährliche Zahlung wohlhabenderer Städte an arme Kommunen – will die Koalition 2018 abschaffen.

830 Millionen zusätzlich für Kommunen in NRW

Gute Wirtschaftslage spült zusätzliche Mittel in die Kassen der Städte. Kommunalsoli wird abgeschafft

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Die NRW-Kommunen dürfen sich im nächsten Jahr auf zusätzliche Einnahmen freuen. Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU) stellte den Städten ein deutliches Plus bei der Gemeindefinanzierung von rund 830 Millionen Euro auf insgesamt etwa 11,5 Milliarden Euro in Aussicht. Das entspreche einer Steigerung von 7,8 Prozent. Die wachsenden Steuereinnahmen des Staates machten diesen Geldsegen möglich. „Die Kommunen profitieren von der guten ökonomischen Lage“, sagte Scharrenbach. Die finanziell angeschlagenen Städ-

te würden bei der Verteilung dieses Geldes tendenziell besser abschneiden als reichere Gemeinden.

Der „Kommunalsoli“, der bisher reichere Städte dazu verpflichtet, ärmere mit 91 Millionen Euro zu unterstützen, wird, wie versprochen, abgeschafft. „Stärkungspakt“-Kommunen wie Oberhausen, Hagen und Arnsberg sollen aber weiter die Gelder bekommen, die ihnen zugesagt wurden, so die Ministerin. Keine Stadt, die vom Stärkungspakt profitiere, werde schlechter gestellt. Der bestehende Stärkungspakt soll ab 2019 zu einer „kommunalen Kredithilfe“ weiterentwickelt werden. Die

soll es den Städten ermöglichen, ihre hohen Altschulden zu tilgen.

Dem in vielen Städten fast schon üblichen Erhöhen von Grund- und Gewerbesteuern schiebt die Landesregierung einen Riegel vor. „Wir wollen die Steuererhöhungsspirale stoppen“, erklärte Scharrenbach und kündigte eine „Grund- und Gewerbesteuerbremse“ an. Die fiktiven Hebesätze dieser Steuern würden im Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 „eingefroren“. Über die Verwendung der so genannten „Zweckzuweisungen“ in Höhe von 1,7 Milliarden Euro, sollen die Kommunen künftig freier entscheiden können als bisher.

05.09.2017

„Wenn es die Landkreise nicht gäbe!“

WP WESTFALENPOST
Mendener Nachrichten - Balver Nachrichten

Ausstellung „Von der preußischen Obrigkeit zur bürgerlichen Selbstverwaltung“ eröffnet

MÄRKISCHER KREIS • „Von der preußischen Obrigkeit zur bürgerlichen Selbstverwaltung“ – der Titel der Ausstellung im Kreishaus in Lüdenscheid klingt etwas sperrig. Tatsächlich sind die Info-Tabellen mit Bildern und Texten über 200 Jahre Landkreise in Südwestfalen eher etwas für den konzentrierten und vor allem interessierten Betrachter. Doch der Inhalt der Exponate bildet die Geschichte und die Grundlage ab, auf der die Menschen im Kreisgebiet leben – und verwaltet wer-

den.

Landrat Thomas Gemke zitiert in seiner Eröffnungsrede Johannes Rau, den ehemaligen NRW-Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten. „Wenn es die Landkreise nicht gäbe, müsste man sie erfinden! Nur wenige Schöpfungen der Verwaltungskunst haben sich so glänzend bewährt.“ Die Kreistagsmitglieder, Ortsheimatpfleger und Vertreter der Geschichts- und Heimatvereine, die ins Kreishaus gekommen sind, wissen das, und sie wissen

spätestens seit Gemkes Ansprache, dass die Geschichte des Märkischen Kreises viel weiter zurückreicht als 200 Jahre. „1815, als die meisten Kreise in NRW gegründet wurden, konnte die Grafschaft Mark bereits auf eine über 60-jährige Verwaltungserfahrung zurückblicken.“

Hinter der Modernisierung der Verwaltungen steckten Köpfe wie Freiherr vom Stein oder Hardenberg. Endpunkt und Schluss jahrelanger Streitigkeiten über den Namen des heutigen Märki-

schen Kreises oder die Frage, welche Stadt Sitz der Kreisverwaltung wird, kam im Entstehungsjahr 1975.

Neben der allgemeinen Geschichte der Landkreise stehen den Besuchern der Ausstellung – arrangiert von Kreisarchivarin Dr. Christiane Todrowski – Informationen über die Entwicklung „unseres“ Kreises zur Verfügung. Zudem gibt es kostenlose Broschüren. Die Ausstellung ist noch bis zum 31. Oktober im Foyer des Kreishauses zu sehen. ■ omo

06.09.2017

Lüdenscheider Nachrichten

„Zeit für ein Moratorium“

30 Interessenten bei Infoveranstaltung der Bürgerinitiative Gegenwind

Von Thomas Krumm

NACHRODT-WIBLINGWERDE • Die Pläne für die Errichtung weiterer Windkraftanlagen auf den Höhen bei Vesperde stoßen auf Widerstand. Etwa 30 Bürger kamen am Samstagabend zu einer Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative „Gegenwind“ im Hotel Holzrichter, um sich über den Stand der Pläne zu informieren. Jochen Feike, Sprecher der Bürgerinitiative, erläuterte die planungsrechtlichen Vorgaben: „Der Märkische Kreis hat die Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde aufgefordert, den Flächennutzungsplan hinsichtlich der Ausweisung von Vorrangflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen zu ändern. Angeblich sei die bisher ausgewiesene Fläche zu klein. „Im ganzen Land NRW gibt es kein solches Vorgehen“, wundert sich Jochen

Feike. „Soll Nachrodt-Wiblingwerde zum Präzedenzfall werden?“ Denn viele Kommunen hätten mit der Ausweisung eher kleiner Gebiete auf die Anforderung reagiert, „substanzialen Raum“ für Windenergieanlagen zu schaffen.

Drei Windräder stehen in der Nähe von Vesperde auf der vorhandenen Vorrangfläche, zunächst zwei weitere sollen auf jener Fläche errichtet werden, die die Kommune laut Ordnungsverfügung des Kreises zur Vorrangfläche für Windenergieanlagen erklären soll. Die Bürgerinitiative ist mit ihrem Unbehagen gegenüber diesem Vorgehen nicht allein: „Der ganze Rat ist dagegen, beeindruckt bis verstört über die Ordnungsverfügung des Märkischen Kreises“, beschreibt Jochen Feike die politische Situation. Bisher werde aber kaum

ernsthaft erwogen, der Verfügung des Kreises als Gemeinde entgegenzutreten. Juristen sähen aber durchaus Chancen für ein solches Vorgehen. Die Bürgerinitiative wolle erreichen, dass die Gemeinde am bisherigen Nutzungsplan festhalte.

Grundsätzlich sei auch die Bürgerinitiative für die Energiewende, hieß es an diesem Abend im Einklang mit der BI „Gegenwind“ aus Hohenlimburg. Es gebe aber derart viele Ungereimtheiten beim derzeitigen Ausbau der Windenergie, dass die Zeit für ein Moratorium gekommen sei. Dabei gehe es um zentrale Dinge. Denn mittlerweile werde immer mehr Windstrom produziert, der nicht mehr sinnvoll verbraucht werden könne. Windräder müssten aus dem Wind genommen werden, weil das Netz ansonsten zusammenbreche. „Die Bürger zahlen in

einem sich immer mehr ver selbständigenden System von Subventionen die Zeche für einen unregelmäßigen Ausbau der Windenergie.“ Vorhandene Gelder müssten stattdessen in die Forschung gesteckt werden, um die massiven Probleme der Energiewende in den Griff zu bekommen. Neben diesen allgemeinen Überlegungen geht es vielen Bürgern von Vesperde um ihre Lebensqualität: „Sündenfälle einer monströsen Verschwendung von bewohnten Landschaften illustrieren den befürchteten Verlust an Lebensqualität in und um Vesperde.“

Noch bis Donnerstag haben die Bürger Gelegenheit, den neuen Flächennutzungsplan im Amtshaus oder im Internet einzusehen. An diesem Tag endet auch die Frist für mögliche Einsprüche und Stellungnahmen.

05.09.2017

Altenaer Kreisblatt

CDU tagt zum Thema Feuerwehr

Noch erheblicher Gesprächsbedarf

ALTENA • Die CDU hat noch Beratungsbedarf zum Thema Feuerwehr. Das ist das wesentliche Ergebnis einer Fraktionssitzung von Montagabend. Er gehe nicht davon aus, dass noch in diesem Monat eine Entscheidung darüber getroffen werde, wie die personelle Ausstattung der Wache zukünftig aussehen werde, sagte der neue Fraktionsvorsitzende Uwe Kober, der als ehrenamtlicher Feuerwehrmann gut im Thema steckt.

Da das nicht für jeden CDU-

Kommunalpolitiker gilt, begann die Sitzung mit einer Besichtigung der Feuer- und Rettungswache an der Bachstraße. Als die eingerichtet worden sei, seien manche Entwicklungen nicht vorhersehbar gewesen, sagte Kober: „Damals ahnte keiner, dass es bei der Feuerwehr mal Frauen geben wird oder dass wir hier den Notarzt unterbringen müssen“. Außerdem seien die Autos im Laufe der Jahre immer größer und das Material umfangreicher geworden. „Deshalb ist jetzt der

Platz knapp“, sagte Kober und wies auch auf die Folgen hin: Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan sehe vor, dass die ersten Fahrzeuge 60 Sekunden nach der Alarmierung ausrücken – das sei aber nicht zu schaffen, wenn zwei Stockwerke zum Teil über Wendeltreppen zu überwinden seien.

Also ein Neubau, wie ihn auch Nicolai Kumpmann von der Unternehmensberatung Rödl & Partner ins Gespräch brachte? So weit ist die CDU noch nicht. Sie beriet nach dem Besuch der Wache darüber, wie es jetzt weitergehen soll. Neben dem von Kumpmann im Rat vorgestellten Konzept mit einer nur tagsüber mit Hauptamtlichen besetzten Wache kam auch ein zweites, von der Feuerwehr

entwickeltes Konzept mit einer hauptamtlichen Minimalbesetzung in den Nachtstunden zur Sprache.

Unbestritten sei, dass Altena einen neuen Brandschutzbedarfsplan brauche, sagte Kober. Zu klären sei, ob und welche Vorgaben den Planern gemacht werden sollten. Darüber werde er jetzt das Gespräch mit den anderen Fraktionen suchen, kündigte Kober gestern gegenüber unserer Zeitung an.

An der Sitzung der CDU-Fraktion nahmen Wehrführer Alexander Grass und sein Stellvertreter Stefan Brockhaus teil. Die Verwaltung wurde durch Stadtkämmerer Stefan Kemper vertreten.

ben

06.09.2017

Altenaer Kreisblatt

Nordhelle: Zu laut und zu schnell

Polizei ahndet 138 Tempo-Verstöße

VALBERT ▪ Erneut war die Polizei im Bereich der Nordhelle zwischen Valbert und Herscheid präsent – doch es waren nicht allein Motorradfahrer, die sich nicht an das Tempolimit von 60 km/h hielten.

Insgesamt sechseinhalb Stunden war die Polizei – auch mit Zivilstreifen – vor Ort, um insbesondere Geschwindigkeitsverstöße zu ahnden. Ins Netz ging den Beamten allerdings auch ein äu-

ßerst lautstarker Quad-Fahrer, an dessen Fahrzeug eine manipulierte Abgas-Anlage festgestellt wurde. Eine Geräuschpegelmessung an dem Quad ergab einen Wert von 118 Dezibel. Laut Fahrzeugschein waren lediglich 89 Dezibel zulässig. Der manipulierte Endschalldämpfer wurde sichergestellt. Der Fahrer aus Bochum sorgte selbst für den Abtransport seines Fahrzeuges.

Doch es ging eben auch um

zu schnelles Fahren: Innerhalb des Kontrollzeitraums passierten 852 Fahrzeuge die Messstelle, von denen 138 (16,2 Prozent) zu schnell. 110 dieser Verstöße konnten mit einem Verwarngeld geahndet werden, in weiteren 28 Fällen waren die Fahrer aber so schnell unterwegs, dass jeweils eine Ordnungswidrigkeitenanzeige gefertigt wurde.

Der Anteil der Motorräder an den insgesamt gemessenen Vehikeln war gering: Nur von 28 Zweirädern kontrollierten die Beamten die Geschwindigkeit. 22 dieser Motorradfahrer waren zu schnell unterwegs, sechs von ihnen mussten eine Ordnungswidrigkeitenanzeige

entgegennehmen. Den schwerwiegendsten Verstoß hatte dabei ein Motorradfahrer aus Mettmann begangen: Er passierte den Messbereich mit 128 anstatt der zulässigen 60 Stundenkilometer.

Doch auch gegen vier weitere Kradfahrer musste eine Ordnungswidrigkeitenanzeige erstattet werden: Grund war in allen Fällen das Erlöschen der Betriebserlaubnis infolge nicht zulässiger Veränderungen.

„In Anbetracht dieser Feststellungen sieht sich die Polizei veranlasst, zeitnah erneute Kontrollmaßnahmen durchzuführen“, heißt es von der Kreispolizeibehörde in Iserlohn. ▪ zach

05.09.2017

Meinerzhagener Zeitung

20 neue Azubis beim Kreis

Landrat Thomas Gemke: „Wir haben Stellen und Arbeit genug“

MÄRKISCHER KREIS ▪ Offiziell beim Märkischen Kreis begrüßt wurden 20 neue Auszubildenden von Landrat Thomas Gemke, Ausbildungsleiterin Katja Fall und Vertretern des Personalrates. Einige hatten schon vor vier Wochen begonnen, für andere begann jetzt ihre Berufsaus-

bildung.

20 Auszubildende sind beim Märkischen Kreis in ihre Berufsausbildung gestartet. Landrat Thomas Gemke begrüßte die Nachwuchskräfte im Lüdenscheider Kreishaus. „Tun Sie mir einen Gefallen, fallen Sie nicht durch die Prüfung. Wir haben Stellen und

Arbeit genug“, sagte Gemke und machte auf den Fachkräftebedarf auch in der Kreisverwaltung aufmerksam.

Zurzeit arbeiten in der Kreisverwaltung neben rund 1300 Beschäftigten auch 60 Auszubildende in 13 verschiedenen Berufen. ▪ pmk



Landrat Thomas Gemke, Ausbildungsleiterin Katja Fall und Vertreter des Personalrates begrüßten die neuen Auszubildenden des Märkischen Kreises. ▪ Foto: Hendrik Klein/Märkischer Kreis

05.09.2017

Lüdenscheider Nachrichten

Gips im Farbeimer kann bei der Entsorgung helfen

Schadstoffmobil: Umweltberater geben Tipps / Schadstoffe immer fest verschließen

Von Carla Witt

WERDOHL • „Normalerweise fragt jeder fünfte, ob er bei uns Dispersionsfarbe abgeben kann. Heute waren es nicht so viele“, stellt Florian Georg fest. Gemeinsam mit seinem Kollegen Ulrich König hat der Chemielaborant gestern mit dem Schadstoffmobil des Märkischen Kreises auf dem Goetheparkplatz Station gemacht.

Dieses Mal hatten die Männer allerdings Verstärkung mitgebracht: Die Umweltberater Viola Link und Michael Lückner aus Lüdenscheid von der Verbraucherzentrale NRW informierten die Werdohler, wie schadstoffhaltige Abfälle fachgerecht entsorgt werden. Und sie gaben Tipps, wie solche Abfälle sogar gänzlich vermieden werden können.

„Wir möchten, dass schadstoffhaltige Haushaltsabfälle richtig entsorgt werden“, unterstrich Lückner. Reste von Desinfektionsmitteln, alkalischen Reinigern, Backofen- und Abflussreinigern und vieles mehr gehören auf keinen Fall in den Hausmüll. „Sie müssen fachgerecht entsorgt werden und können teilweise recycelt werden“, erklärte der Umweltberater.

Für einige Problemstoffe – etwa Altöl, Batterien und Energiesparlampen – gibt es inzwischen gesonderte Rücknahmesysteme. „Und Dispersionsfarbe gehört in den Hausmüll“, stellt Viola Link fest. Einer Werdohlerin, die eine große Farbmenge entsorgen wollte, konnte Lückner gestern einen Tipp geben: „Streuen sie Gipspulver in die

Farbe. Dann härtet sie schnell aus und kann in der Restmülltonne entsorgt werden.“

Auch Arzneimittel gehören in die Restmülltonne. „Da der Müll des gesamten Märkischen Kreises mittlerweile verbrannt und nicht mehr zur Deponie gebracht wird, kommen die Stoffe nicht mit dem Grundwasser in Kontakt“, erklärt Chemielaborant Florian Georg.

Wer genau wissen möchte, welche Stoffe wie entsorgt werden sollten, kann das im „Abfall-ABC für schadstoffhaltige Abfälle“ nachlesen. Es kann kostenfrei als pdf-Datei heruntergeladen werden (www.maerkischer-kreis.de, Stichpunkt: Abfall-ABC). Einen – wichtigen – Tipp haben die Mitarbeiter des Schad-

stoffmobils und die Umweltberater allerdings noch auf Lager: Alle Stoffe sollten fest verschlossen beim Schadstoffmobil angeliefert werden. König erinnert sich an eine Dame, die im Kofferraum ihres Wagens Bitumen transportiert hat – in einem Eimer ohne Deckel. „Als sie ankam, war der Eimer natürlich umgekippt. Das Bitumen tropfte schon aus dem Kofferraum.“ Die Dame habe um ein Tuch gebeten, um die Flecken – und möglichst auch den Gestank – aus ihrem Auto entfernen zu können. Georg: „Ich musste ihr erklären, dass dieser Versuch sinnlos ist. Bitumen bekommt man nicht mehr weg.“

06.09.2017

Süderländer Volksfreund

Ende-Schule: Mehr Kosten für die Stadt

Vertrag mit Klinikum soll angepasst werden

Von Kerstin Zacharias

LÜDENSCHIED • Der Vertrag, den die Stadt Lüdenscheid mit den Märkischen Kliniken in Bezug auf die Nutzung der Michael-Ende-Schule (Schule für Kranke) hat, soll angepasst werden – und würde eine deutliche Steigerung der Kosten mit sich bringen. Wie aus der Vorlage für den Schul- und Sportausschuss (12. September, 17 Uhr) hervorgeht, soll die Nutzungsentschädigung ab Januar 2018 um 8000 auf 11 000 Euro pro Jahr erhöht werden.

Wie es weiter heißt, seien die Vertreter der Märkischen Kliniken bereits vor mehr als zwei Jahren auf die Verwaltung zugekommen, um über

eine Kostenanpassung des Vertrages zu verhandeln. Dieser läuft bis zum 31. Dezember 2024. Als Begründung seien zum einen die umfangreichen Leistungen, die die Kliniken für die Michael-Ende-Schule erbringen, genannt worden, zum anderen die insgesamt gestiegenen Kosten (720 Quadratmeter Fläche, Reinigung, Müllentsorgung,

Stelle einer Schulsekretärin).

Zum Hintergrund: Waren im Jahr 2004 zunächst 5000 Euro im Vertrag festgelegt worden, wurden diese im Zuge des Umzugs von der Hohfuhrstraße zur Paulmannshöher Straße auf 3185 Euro angepasst (geringere Fläche). Mittlerweile liege die Verhandlungsbasis bei einer Erhöhung um 8000 Euro, so dass die Stadt jährlich 11000 Euro zu zahlen hätte. Da jedoch von Anfang an 5000 Euro im Etat veranschlagt wurden, geht es im Beschluss nun um einen Mehraufwand von 6000 Euro. Und: Die 11 000 Euro entsprächen in etwa der Hälfte der Summe, die die Stadt aus Mitteln der Schulpauschale sowie aus Schlüsselzuweisungen erhält. Einschließlich weiterer Sachkosten belief sich der finanzielle Aufwand der Stadt für die Michael-Ende-Schule dann auf rund 15 000 Euro pro Jahr.

„Im Laufe der Verhandlung-

gen gab es seitens der Märkischen Kliniken Forderungen im mittleren fünfstelligen Bereich bis hin zu Ausstiegsszenarien hinsichtlich einer außerordentlichen Kündigung“, heißt es in der Vorlage. Die Verwaltung ist nun der Auffassung, die geforderte Erhöhung der Nutzungsentschädigung zu akzeptieren. Denn: Eine mögliche Kündigung berge ein gewisses Risiko – Alternativlösungen für die Beschulung kranker Schüler würden erheblich höhere Kosten verursachen.

Abschließend weisen die Verantwortlichen darauf hin, sich vor Ablauf des Vertrages im Jahr 2023 die Frage der Schulträgerschaft zu stellen. Denn: Lediglich etwa ein Drittel der rund 220 Schüler pro Jahr stammten aus Lüdenscheid, der Großteil aus Kommunen des Kreises, etwa 15 Prozent aus Städten und Gemeinden anderer Kreise.

06.09.2017

Lüdenscheider Nachrichten

Chefarzt macht Nachwuchs Mut

Hellersen-Azubis organisieren DKMS-Tag

LÜDENSCHIED ▪ Zum ersten Mal hat die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) der Märkischen Kliniken einen DKMS-Tag auf die Beine gestellt. Dabei hatten alle Schülerinnen und Schüler der Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Märkischen Kliniken laut einer Pressemitteilung des Klinikums die Möglichkeit, sich bei der DKMS als möglicher Stammzellenspender registrieren zu lassen.

Mit einem Wattestäbchen einen Abstrich der Wangenschleimhaut nehmen, einen Fragebogen ausfüllen, das Einverständnis abgeben und an die Deutsche Knochen-

markspenderdatei (DKMS) senden – schon ist man als möglicher Stammzellenspender registriert. Eigentlich ganz einfach und trotzdem: Jeder siebte Patient ist immer noch ohne Spender. „Alleine durch unseren Beruf lernen wir immer wieder Patienten mit einer Krebsdiagnose kennen, deshalb ist es uns ein besonderes Anliegen, dass sich möglichst viele Menschen typisieren lassen“, erklärten Sarah Gossens und Franziska Dörk, Auszubildende in der Kranken- und Gesundheitspflege und Mitglieder der JAV bei den Märkischen Kliniken, wie es zu der Idee kam, einen solchen Aktionstag in das Seminarzentrum des Klinikums

Lüdenschied zu holen.

Los ging es am Morgen mit einer kurzen Informationsveranstaltung. Hier erhielten die rund 120 Zuhörer wesentliche Informationen über die Geschichte und Entwicklung der DKMS sowie über die Krankheit „Blutkrebs“.

Prof. Dr. Gerhard Heil, Direktor der Klinik für Hämatologie und Onkologie am Klinikum Lüdenschied, machte den jungen Menschen Mut und stellte die Wichtigkeit dieser Veranstaltung heraus: „Ich freue mich, dass ich im Namen der Klinik für Hämatologie und Onkologie sowie der Märkische Kliniken GmbH diesen Tag mit einer Spende von 2000 Euro an die DKMS unterstützen darf“.

Mit Sebastian Ulrich war sogar jemand vor Ort, der am eigenen Leibe erfahren hat, was Helfen und Spenden ganz praktisch bedeuten kann. Der 29-jährige Lüdenschieder stellte sich selbst vor.

06.09.2017

sieben Jahren als Spender zur Verfügung, berichtete von seinen persönlichen Erfahrungen und beantwortete alle Fragen.

Dann wurde es praktisch. In einem kleinen Raum waren Tische und Stühle gestellt und das nötige Material zur Registrierung lag bereit. Schnell waren alle Plätze belegt, und vor dem Raum tummelte sich eine Schlange an Auszubildenden, die sich typisieren lassen wollten. Das Resümee der Organisatoren war durchweg positiv: eine tolle Veranstaltung mit Wiederholungscharakter.

Um als Spender in Fragen zu kommen, sollte man zwischen 17 und 55 Jahren alt sein, ein Mindestgewicht von 50 Kilogramm haben und gesund sein. Mehr Informationen zu einer Registrierung und wie es danach weitergeht, gibt es hier: <https://www.dkms.de/de/spender-werden>

Lüdenschieder Nachrichten

Personelle Situation sieht in Kierspe „noch gut aus“

Kein Unterrichtsausfall an Kiersper Grundschulen / Aber auch keine Bewerber

Von Det Ruthmann

KIERSPE ▪ „Es sieht ganz gut aus“, meint Thomas Block, „wir haben die Stundentafel voll abgedeckt.“ Sowohl an der Pestalozzi- als auch an der Schanholtschule muss kein Unterricht ausfallen. Das gilt auch für die Bismarck- und Servatiuschule, wo Stefanie Fischer alle Unterrichtsstunden für alle Klassen unterbringen konnte.

Auf der anderen Seite, so macht der Leiter der Verbundschule Pestalozzi und Schanholtschule deutlich, ist in den Ferien bereits zum zweiten Mal eine Ausschreibung – mit der Fächerkombination „beliebig“, so gesehen also ohne Einschränkungen – gelaufen. Doch Bewerber: Absolute Fehlanzeige! In der Verbundschule Bismarck und Servatius ist ebenfalls eine Lehrerstelle genehmigt und – wie bei den Kollegen – zum zweiten Mal ausgeschrieben worden. „Es gibt einfach keine Bewerber“, sagt Stefanie

Fischer, weiß aber auch, dass „nichts passieren“, keine der Kolleginnen und keiner der Kollegen (länger) ausfallen darf: „Dann wird es eng!“

Thomas Block ist das „Bewerber-Drama“ mangels fehlender Lehramtsanwärter bewusst, zumal auch die Suche nach einer Sonderpädagogin für den Bereich der Inklusion bislang ohne Ergebnis blieb. „Die nächsten Jahre werden noch schwieriger“, weiß der Schulleiter, dass es Zeit braucht, damit Änderungen durch die neue Landesregierung, beispielsweise bei der Lehrerausbildung, wirksam werden.

Die Bismarck- und Servatiuschule findet – wie die andere Kiersper Verbundschule – ebenfalls keinen Sonderpädagogen.

Die schlechte Situation werde auch durch einen Blick auf das Lehrerseminar in Lüdenschied verdeutlicht: Dort hätten sich die Teilnehmerzahlen mittlerweile mehr als hal-

biert, würden schon unter 20 liegen. Es habe Zeiten gegeben, so Thomas Block, da seien in Lüdenschied 50 bis 60 angehende Lehrer ausgebildet worden. „Wir können froh sein, dass es hier in Kierspe noch ganz gut aussieht“, weiß Fischer von deutlich schlechteren personellen Situationen an anderen Schulen zu berichten:

„Wir müssen also weiterhin kreativ sein“, weiß Rektor Thomas Block, dass immer wieder nach Lösungen gesucht werden muss, um die Stundentafeln von Schanholtschule und Pestalozzischule vollständig abdecken zu können. Dazu gehört beispielsweise, dass es im Lehrerkollegium drei Quereinsteiger gibt. Das sind Lehramtsanwärter, die noch das zweite Staatsexamen ablegen müssen, aber dabei schon arbeiten.

Grundschulleiterin Fischer bestätigt diesbezüglich ihren Kollegen, denn auch in der

Servatiuschule sei jetzt eine Lehramtsanwärterin weggefallen. „Es wird dünner werden“, meint die Rektorin. In erster Linie werde es beispielsweise in Rönsahl die AG (Arbeitsgemeinschaften) und die Förderstunden betreffen, da die bisherige sogenannte doppelte Belegung wegfällt. Natürlich ist auch Stefanie Fischer bewusst, dass man mit den Gegebenheiten zurechtkommen und nach Lösungen suchen muss, damit kein Unterrichtsausfall entsteht.

Dies ist zumindest kurzfristig gesichert, auch unter dem Aspekt, dass es im Schuljahr 2018/19 erneut – dies stehe jetzt fest, konnte Rektorin Stefanie Fischer berichten – drei erste Klassen an Bismarck- und Servatiuschule geben wird. Aber, wie gesagt, es dürfe nichts Großartiges passieren, betonen beide Schulleiter.

05.09.2017

Meinerzhagener Zeitung

Singen mit den größten Literaten des Sauerlands

Auch Peter Prange erhebt die Stimme bei den Literaturabenden des Woll-Verlags

Von Ina Hornemann

ALTENA - Im gemeinsamen Gespräch wird es den großen Literaten des Sauerlands erst mal so richtig klar: Die schönsten Geschichten sind nur geschrieben worden, weil Peter Prange, Michael Martin und Rainer Hänsch ihre Jugend zwischen den Bergen verbringen durften. Das launige Abschlussgespräch zu den Sauerländer Literaturabenden des Woll-Verlags bringt diese erstaunliche Erkenntnis im Rittersaal der Burg Altena.

Ja, sie konnte schmerzhaft sein, diese Gefangenschaft zwischen den Hügeln, daraus machen weder Peter Prange, noch Michael Martin einen Hehl. Aber grade weil beide Bestseller-Autoren einst genau dort von den schönsten Mädchen verschmäh

den sind, sind beide Sauerländer heute so erfolgreich.

Michael Martin bringt das sehr schön in seiner Kurzgeschichte „Frottee“ auf den Punkt. Die Hetze zwischen Fußballtraining im Reinecke-Stadion und der Tanzstunde bei Meisters im Lennstein führte in seiner Jugend einst zu einem fürchterlichen Problem: Keine Zeit zum Duschen, also musste das berühmte Trockenshampoo herhalten, um die Tolle zum Tanztee auf Vordermann zu bringen.

Unbeholfen näherten sich die jungen Männer dann den Damen, von ihrem Kopf rieselte das Kosmetikprodukt wie Schnee herab - doch heute lachen sich sowohl der Autor selbst, wie auch sein Publikum schlapp über diese überspitzte Jugenderinnerung.

Peter Prange kann ebenso schön ausladend über den ersten gescheiterten Kuss erzählen, damals im Jugendzentrum, wo ihn eine junge

Altenaerin nie zum Zug kommen ließ. „Jahre später hat sie mich gefragt, warum ich sie nie eingeladen hätte.“ Heute hat sie einen Platz in seinem Herzen und im neuesten Erfolgsroman „Unsere wunderbaren Jahre.“

Das Sauerland eignet sich allerdings auch vorzüglich als Schauplatz fiktiver Ereignisse: Dirk Zandecki lässt in seinem neuesten Krimi den Kahlen Asten als Tatort herhalten. Seine Zuhörer konnten sich bestens vorstellen, wie sich seine Protagonisten nach einem kyrillartigen Orkan verängstigt über umgekippte Baumstämme schleppen - verzehrt von der Angst, ihren Jägern nicht entkommen zu können. Als Ermittler tritt in diesem Fall der Lüdenscheider Privatdetektiv Paul Masters auf den Plan. „Ausgelöscht - Tatort Kahler Asten“, erscheint in wenigen Tagen.

Noch komplett in Entstehung ist Reiner Hänschs neuestes Buch. Der Zoff-Frontmann hat noch keinen Titel,

lieferte seinen Zuhörern aber eine herrliche Leseprobe aus dem Leben seines neuen Protagonisten Rudi Hinterberg. Der stammt aus dem Sauerland und ist der unbekannte Sohn von Elvis Presley. Am Tag dessen Beerdigung trifft er in Memphis ein und lernt beim Fellversaufen für Papa prompt Johnny Cash und Frank Sinatra kennen.

Wie kann man es unter solchen Umständen nicht lieb gewinnen, das grüne hügelige Sauerland? Reiner Hänsch stimmt nicht nur die über alle geliebte Regionenhymne an, sondern zückt die Gitarre auch für Comedyeinlagen zu Ungunsten von Roland Kaiser und Drafi Deutscher.

Es ist ein durchweg gelungener Finalabend der Woll-Literaturabende, bei dem sogar Peter Prange die Stimme zum Gesang erhebt. Verlagschef Hermann Hoffe freut sich: „Mal ehrlich! So was erlebt man doch nur in Altena!“

05.09.2017

Altenaer Kreisblatt

Pendler nutzen den Pkw

Öffentliche Verkehrsmittel kaum nachgefragt

MÄRKISCHER KREIS - 80 Prozent (127 000 Personen) aller Erwerbstätigen im Märkischen Kreis legten 2016 ihren Weg zum Arbeitsplatz meist mit dem Pkw zurück. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als amtliche Statistikstelle des Landes anhand der Ergebnisse des Mikrozensus mitteilt, veränderte sich dieser Anteil in den vergangenen 16 Jahren kaum. Im Jahr 2000 hatte er bei 72,0 Prozent gelegen.

Öffentliche Verkehrsmittel wurden lediglich von 4,3 Prozent der Erwerbstätigen (7000 Personen) für ihren Arbeitsweg genutzt. Dieser Wert liegt unter dem Landeschnitt von 13,1 Prozent. Im Jahr 2000 hatten noch mehr als doppelt so viele Pendler

(8,7 Prozent) überwiegend öffentliche Verkehrsmittel genutzt. 12,1 Prozent der Erwerbstätigen (19 000 Personen) gehen regelmäßig zu Fuß zu ihrem Arbeitsplatz.

Die Unterschiede in der Verkehrsmittelnutzung gehen mit unterschiedlich langen Arbeitswegen einher. Mehr als die Hälfte aller Pendler (gut 55 Prozent) legten weniger als zehn Kilometer zu ihrem Arbeitsplatz zurück. Lange Pendelwege von 50 Kilometern und mehr nahmen regelmäßig 3,4 Prozent aller Erwerbstätigen auf sich.

80,7 Prozent der Erwerbstätigen benötigten im Jahr 2016 weniger als 30 Minuten für ihren Weg zur Arbeit. 26 Prozent schafften es sogar in weniger als zehn Minuten.

Der Pressespiegel erscheint werktäglich
Widdergegebene Auszüge sind die Meinung des
jeweiligen Autors oder Publikationsorgans.
Eine Wertung durch den Märkischen Kreis
ist damit nicht verbunden.

Für den Pressespiegel werden
regelmäßig ausgewertet:

Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger
Altenaer Kreisblatt

Iserlohner Kreisanzeiger
Lüdenscheider Nachrichten
Meinerzhagener Zeitung

Süderländer Tagesblatt
Süderländer Volksfreund

Westfalenpost Hagen
Westfalenpost Menden

06.09.2017
Lüdenscheider Nachrichten